

TOP 3

Gremium	Termin	Status
Stadtrat	24.06.2019	öffentlich

Vorlage der Verwaltung

Beitritt zum internationalen Netzwerk von Großstädten, welche aktiv zu einem nuklearfreien und sicheren Europa beitragen wollen.

Vorlage Nr.: 20197393

ANTRAG

Der Stadtrat möge beschließen, dem Netzwerk Cities for Nuclear Free Europe (CNFE) beizutreten.

Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen am Rhein
Frau Jutta Steinruck

Rathausplatz 20
67059 Ludwigshafen
Deutschland

Wien, 9. April 2019

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Cities for a Nuclear Free Europe (CNFE) ist ein internationales Netzwerk von Großstädten, welche aktiv zu einem nuklearfreien und sicheren Europa beitragen wollen. Die Nuklearkatastrophe in Fukushima hat mich als amtsführende Stadträtin in Wien dazu bewogen, gleichgesinnte Städte in Europe zusammen zu bringen, um gemeinsam unsere Besorgnis über Atomkraftwerke im dichtbesiedelten Europa zu äußern. Inzwischen sind wir zu einer Plattform von 29 engagierten und motivierten europäischen Städten gewachsen (u.a. Köln, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, aber auch Nicosia, Mailand, Zagreb und Bergen). Uns eint die Sorge um die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Bevölkerung und das, nicht alleine daraus resultierende, Verlangen Alternativen zur Kernenergie aufzuzeigen und umzusetzen.

Im vergangenen Jahr haben wir eine Zusammenarbeit mit der „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ gestartet. Die „Allianz“ ist ein Zusammenschluss von Regionen und Bundesländern mit vergleichbarer Zielsetzung wie CNFE. Wir haben uns zum Ziel gesetzt unsere Kräfte zu bündeln und unseren politischen Einfluss zu verwenden, um die Kernenergie als teuerste und gefährlichste Energiequelle so schnell wie möglich aus Europa verschwinden zu lassen. Einer der Gründermitglieder der „Allianz“ ist Rheinland-Pfalz.

Da ich persönlich Vernetzung und Zusammenarbeit hochschätze, lade ich Sie ein, als eine der größeren Städte in Rheinland-Pfalz auch Partner von Cities for Nuclear Free Europe zu werden.

Sie unterstützen damit nicht nur unsere internationalen Aktivitäten, sondern senden damit auch ein klares Signal der eindeutigen Ausrichtung gegen Nuklearenergie innerhalb Rheinland-Pfalz.

Im dicht besiedelten Europa ist die Betroffenheit eines Ballungsraums bei einem Nuklearunfall beinahe vorprogrammiert, eine Evakuierung auf Grund der hohen Anzahl an Betroffenen aber praktisch unmöglich. Die hohe Lebensqualität der europäischen Städte basiert auf der in allen Bereichen - sozial, medizinisch, kulturell, technisch-verfügbaren Infrastruktur und einer wirtschaftlichen Bedeutung, die weit ins Umland reicht. Diese aus der dichten Struktur der Städte resultierenden Vorteile machen sie aber gleichzeitig anfällig für die aus einem Nuklearunfall resultierenden Gefahren.

Unser Anliegen ist die Lehren aus Tschernobyl und Fukushima, aber auch allen anderen Unfällen in der Geschichte der Atomenergie, ernst zu nehmen und die Sicherheit der Bevölkerung, sowie die Lebensgrundlage auch künftiger Generationen zu gewährleisten.

Um dieses Ziel zu erreichen finden wir folgende sieben Punkten essentiell:

1. Als Sofortmaßnahme erachten wir ein sofortiges europaweites Moratorium für AKW-Neubauten (inklusive der im Bau befindlichen AKW) als notwendig. In einem nächsten Schritt müssen sämtliche Reaktoren abgeschaltet werden, die kein Containment, also keine Schutzhülle, haben das dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht.
2. Das mittelfristige Ziel ist in der Folge ein atomkraftfreies Europa.
3. Im Bewusstsein, dass die Atomenergie rund ein Viertel des Strombedarfs der EU - in einzelnen Staaten auch deutlich mehr - abdeckt, bedarf es einer so-wohl überlegten als auch tatkräftigen Vorgehensweise um dieses Ziel zu erreichen
4. Es gilt, die EURATOM-Gelder umzulenken. EURATOM-Gelder dürfen nur noch für konkrete AKW-Stilllegungen und für die Nachsorge verwendet werden. Verbleibende Mittel sollen zur Gänze in den Ausbau erneuerbarer Energieträger fließen. Keinesfalls dürfen EURATOM-Gelder - wie bisher - in Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen oder indirekt in die Errichtung neuer Anlagen fließen.
5. Die nicht zu rechtfertigende Bevorzugung der Kernenergie, wie etwa im Bereich der Haftung muss sofort beendet werden. AKW-Betreiber müssen

inganz Europa für die Folgeschäden eines Unfalls in unbegrenzter Höhe haften. Die Haftung ist durch eine Versicherung in Höhe der tatsächlich zu erwartenden Schäden (etwa 500 Milliarden Euro) zu sichern.

6. Stresstests für AKW können nur dann einen Mehrwert gegenüber den ohnedies stattfindenden periodischen Sicherheitsüberprüfungen erzeugen, wenn sie nach sinnvollen Kriterien von unabhängigen internationalen ExpertInnen und NGOs verpflichtend durchgeführt werden, und die Ergebnisse transparent und verbindlich sind.
7. Die für Belange im Energiebereich vorgesehenen Gelder auf EU-Ebene müssen in die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energieträger gelenkt werden.

Ich ersuche Sie, das internationale Netzwerk Cities for Nuclear Free Europe durch den Beitritt ihrer Stadt zu unterstützen. Es ergeben sich daraus keine Kosten oder weitere Verpflichtungen für sie als unterstützende Stadt.

Wenn Sie beschließen CNFE zu unterstützen, schicken Sie mir bitte ein einfaches Schreiben, damit wir in Zukunft auch mit Ihrer Stimme und damit mit mehr Gewicht für ein atomkraftfreies Europa eintreten zu können. Eine Vorlage für ein solches Schreiben liegt bei.

Darüber hinaus würde ich Sie für eine effiziente Kommunikation um die Bekanntgabe einer Kontaktperson innerhalb Ihrer Stadtverwaltung ersuchen.

Mit Hoffnung auf eine positive Antwort und
mit freundlichen Grüßen,



Stadträtin Ulli Sima, Stadt Wien,
Amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke
Präsidentin "Cities for a Nuclear Free Europe",
Rathausplatz 1
1010 Wien